

Beschluss

60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention – Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland und Europa

Eine der Säulen des humanitären Völkerrechts ist die Genfer Flüchtlingskonvention, die als „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ am 28.7.1951 verabschiedet wurde.

Heute - 60 Jahre danach - herrscht keine Feierstimmung in Europa und in Deutschland. Das Massensterben von Flüchtlingen im Mittelmeer geht weiter. Die Beschlüsse der EU Innenminister in Luxemburg zeigen uns, welche Prioritäten sie haben.

Das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 ist in vielerlei Hinsicht ein „Diskriminierungsgesetz“. Viele Flüchtlinge leben in Deutschland unter menschenunwürdigen Umständen. Der GRÜNE Gesetzentwurf zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes möge endlich vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.

In den letzten Wochen erleben wir erneut, dass sich Flüchtlinge aus den Ländern, in denen die alten Diktatoren zu fallen drohen, auf den Weg nach Europa machen, um den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Nordafrika zu entkommen. Die Nachbarländer Libyens, die selbst unter Armut und Hunger leiden, haben sich bisher zur Aufnahme von ca. 530.000 Flüchtlingen bereit erklärt. Zum Teil auch in Familien, die selbst kaum genug zum Leben haben. Dagegen ist die Zahl derer, die sich auf den Weg nach Europa gemacht haben sehr gering, nämlich nach Erkenntnissen der Flüchtlingsorganisation „Borderline“ 12.000 seit Februar. Diesen Menschen mit Debatten über das Schengen Abkommen und verstärkten Frontex-Einsätzen zu begegnen ist beschämend für unser Land. Wir GRÜNE setzen uns für ein Resettlement, nämlich eine kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen auf Bundesebene ein. Diesen Appell an die Bundesregierung hat der Landtag NRW am 30.3.2011 beschlossen.

Viele Flüchtlingsorganisationen berichten einstimmig, dass sich Europa auf die Abwehr mehr als je konzentriert, als die Flüchtlinge aus dem Mittelmeerraum zu retten. Das ist ein Skandal und eine humanitäre Katastrophe

- Wir begrüßen die bisherigen Initiativen der rot-grünen Landesregierungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland. Z.B. Die Schließung des Ausreisezentrums in Trier noch vor der Sommerpause.
- Wir unterstützen Maßnahmen und Initiativen der Landesregierungen im Bundesrat dem Ziel humanitärer Flüchtlingspolitik Nachdruck zu verleihen, insbesondere für die Schaffung einer stichtagsfreien und wirksamen Bleiberechtsregelung.
- Wir fordern Rücknahmeabkommen mit Ländern zu widerrufen, die ihre Bewohner nicht vor politischer Verfolgung und menschenverachtender Diskriminierung schützen. Das gilt für Länder des Nahen Ostens und auch für den Kosovo. Dort ist die Lage für Angehörige von Minderheiten nach wie vor prekär, gefährlich und mit Diskriminierung ver-

bunden. Roma-Kinder sind am Schulbesuch gehindert, Erwachsene habe keine Chance auf eine Lebensunterhalt sichernde Arbeit und eine sichere Unterkunft, schwerere Krankheiten oder Traumatisierungen können dort nicht angemessen behandelt werden. NRW hat als einziges Bundesland im Winter die Abschiebung der Angehörigen der Minderheiten ausgesetzt hat, allerdings scheitert ein vollständiger Abschiebestopp daran, dass die Bundesrepublik mit dem Staat Kosovo ein bindendes Rückübernahmeabkommen geschlossen hat. Wir fordern die Aussetzung dieses Abkommens.

- Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz, das nach wie vor Flüchtlingen eine existenzsichernde Versorgung vorenthält, muss abgeschafft werden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz IV-Regelsätzen kann es nicht hingenommen werden, dass Flüchtlinge weiter unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich weiter für eine Verbesserung einzusetzen.
- Zusätzlich fordern wir, mit Veranstaltungen, Aktionen und Informationsangeboten auf das Jubiläum der Genfer Flüchtlingskonvention und die aktuellen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Deutschland und Europa aufmerksam zu machen und die Situation zu verbessern.
- Wir werden uns auch in Zukunft in Regierungsbeteiligungen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen.
- Der 60. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention ist für uns Anlass und Auftrag auf die nach wie vor bestehenden Defizite und Diskriminierungen in der Flüchtlingspolitik hinzuweisen und im Sinne der Konvention weiter an der Umsetzung der Rechte von Flüchtlingen in Deutschland und Europa zu arbeiten.